

Liebe Freundinnen und Freunde,

seit Jahren versucht die Atomindustrie, ihre ebenso gefährliche wie teure Technologie in Europa im großen Stil wieder auferstehen zu lassen.

Und zwar ausgestattet mit milliardenschweren Subventionen, weil sich der Bau der Reaktoren ansonsten nie und nimmer rechnen würde.

Allein das geplante AKW Hinkley Point C soll den Steuerzahler in Großbritannien umgerechnet mehr als 100 Milliarden Euro kosten. Ungarn will mit Kredit aus Russland für mehr als 12 Milliarden Euro neue Reaktoren in Paks bauen. Andere Länder wollen nachziehen.

Und Deutschland? Hat angesichts dieser Entwicklung bis heute beide Augen zugeschlossen. Hat politisch und juristisch nichts unternommen, um diese unzeitgemäße Alimentierung der Atomindustrie zu unterbinden, die nachweislich die erneuerbare Energiewende in Deutschland und Europa schädigt.

Deutschland ist eben nicht – anders als Österreich, Luxemburg oder Greenpeace Energy – vor die Europäischen Gerichte gezogen: Um dort prüfen zu lassen, ob diese Milliarden-Beihilfen für einen riskanten und unwirtschaftlichen Energieträger überhaupt in Einklang stehen mit EU-Wettbewerbsrecht – oder mit den energiepolitischen Interessen Europas. Im Fall von Ungarn hat Deutschland gerade jetzt erst eine wichtige Klage-Frist ungenutzt verstreichen lassen!

Wir fordern von der neuen Bundesregierung – insbesondere von den neuen Ministern, Herrn Altmaier im Wirtschaftsressort und Frau Schulze im Umweltministerium – diesen jahrelangen Kurs des Wegduckens endlich zu verlassen!

Die Bundesrepublik vollendet in den kommenden Jahren den Atomausstieg. Unsere Regierung muss im Interesse ihrer Bürgerinnen und Bürger auch jenseits der Landesgrenzen kritisch Einfluss nehmen gegen diese exzessive Subventionierung, die neue Atomkraftwerke in unseren Nachbarländern erst ermöglicht.

Und zwar nicht zuletzt deshalb, weil diese AKWs – sei es in Ungarn, Tschechien, Polen oder sonst wo – eben auch direkte Auswirkungen auf Deutschland haben.

Denn ihr zu uns importierter, hoch subventionierter Atomstrom verzerrt nachweislich auch den Strommarkt hierzulande – zum Schaden erneuerbarer Energien; und am Ende auch zu Lasten der Verbraucherinnen und Verbraucher!

Und, viel schlimmer: Jeder neu gebaute Reaktor ist eine weitere, grenzüberschreitende Gefahr für Mensch und Umwelt, die nicht mal annähernd abgesichert ist!

Nehmen wir das Beispiel Paks in Ungarn: Käme es dort zu einem schweren Unfall, der nach Deutschland ausstrahlt, dann wären allein die materiellen Folgekosten wohl rund 180 mal höher als das, wofür der ungarische Staat und der AKW-Betreiber laut internationaler Verträge tatsächlich aufkommen müssten. Denn deren vereinbarte „Versicherungssumme“ ist einfach bei 380 Millionen Euro gedeckelt – das hat eine unserer Studien im vergangenen Jahr zutage gefördert.

Und das ist symptomatisch: Betroffene Staaten und ihre Bürger bleiben auf den Kosten eines Atomunfalls in einem Nachbarland sitzen. Von den gesundheitlichen, ökologischen und sozialen Folgen und den menschlichen Tragödien ganz zu schweigen.

Ebenso wie der Euratom-Vertrag, auf dessen antiquierte Förder-Paragrafen sich manche Staaten berufen, wenn sie ihre milliardenschweren Atomsubventionen verteidigen, sind auch die internationalen Haftungsverträge ganz im Sinne der Atomindustrie gestrickt.

Auch hier muss die neue Bundesregierung endlich einschreiten und diese Verträge entweder aufkündigen – oder zumindest auf eine neue, faire Grundlage stellen, die die Verursacher endlich in die Verantwortung nimmt!

Und so viel ist klar: wer für die Folgen eines Atomunfalls voll und ganz haften müsste – der baut garantiert in Zukunft keine AKWs mehr!

Und das ist doch das, was wir uns für Europas Energiezukunft wünschen!

Danke!